

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Elisabeth Bröskamp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

## Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

### Schulsozialarbeit in Stadt und Kreis Neuwied

Die **Kleine Anfrage 1935** vom 2. Oktober 2013 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Wochenstunden Schulsozialarbeit und an welchen Schulen werden bis Ende 2013 in Stadt und Kreis Neuwied von wie vielen Personen erteilt?
2. Wie viele Wochenstunden Schulsozialarbeit und an welchen Schulen werden ab Januar 2014 in Stadt und Kreis Neuwied von wie vielen Personen erteilt?
3. Wie viele Wochenstunden wurden/werden ganz oder teilweise über das Bildungs- und Teilhabepaket bezahlt (bitte für Frage 1 und 2 beantworten)?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Arbeit der Schulsozialarbeiter an den Schulen?
5. In welcher Höhe finanziert die Landesregierung die Schulsozialarbeit im Land in den nächsten Jahren?
6. Lediglich ca. 60 % des Bildungs- und Teilhabepakets sind auf Bundesebene verausgabt. Wie erklärt sich die Landesregierung, dass die Mittel nicht weiter (nach 2013) für die Finanzierung der Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 25. Oktober 2013 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

Siehe Anlage. Die dort dokumentierte Auflistung entspricht der Rückmeldung der Jugendämter des Landkreises Neuwied sowie der Stadt Neuwied.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung sieht die Schulsozialarbeit als wichtiges Instrument zur Unterstützung für ein chancengerechtes Aufwachsen junger Menschen. Dieses notwendige professionelle sozialpädagogische Angebot am Lern- und Lebensort Schule unterstützt Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg in der Schule und im Übergang von der Schule in den Beruf, sichert somit deren Teilhabe an Bildung. Daneben stellt der integrative Arbeitsansatz einer Kooperation von Jugendhilfe und Schule auch eine hohe Entlastung für die betreffenden Lehrkräfte dar. Schulsozialarbeit bietet aber auch Hilfestellungen für die Eltern der Schülerinnen und Schüler und fördert so deren Erziehungskompetenz.

Die Schulsozialarbeit hat sich zu einem wichtigen Baustein der Jugendhilfe als ein niedrigschwelliges, flexibles und lebensweltorientiertes Angebot entwickelt. Die dadurch angestoßenen positiven Entwicklungen im „Lebensraum Schule“ werden nicht zuletzt durch die jährliche Berichterstattung der einzelnen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter dokumentiert.

Die Landesregierung räumt der Schulsozialarbeit deshalb einen hohen Stellenwert ein und ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bestrebt, die Schulsozialarbeit auch künftig auszubauen bzw. weiter zu fördern.

Zu Frage 5:

In der Regierungsvorlage zum Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2014/2015 wurde der Ansatz zur Förderung der Schulsozialarbeit im Kapitel 07 05, Titel 684 17, Erl. 1 um rd. 2,6 Mio. € erhöht, sodass insgesamt wieder Fördermittel in Höhe des Ansatzes des Jahres 2011 veranschlagt sind.

Zu Frage 6:

Zur Finanzierung der Zweckausgaben für Bildung und Teilhabe nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) wurde die zweckgebundene Beteiligungsquote des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung in den Jahren 2011 und 2012 um 5,4 % und für das Jahr 2013 um 3,3 % angehoben. Für die Verwendung dieser zweckgebundenen Mittel besteht eine jährliche Nachweispflicht. Die Senkung der Bundesbeteiligung ab dem Jahr 2013 erfolgte, da der tatsächliche Finanzbedarf für Leistungen der Bildung und Teilhabe in den Rechtskreisen SGB II und BKGG im Jahr 2012 bei 60,4 % (Rheinland-Pfalz 61,1 %) der zur Verfügung gestellten Kompensationsleistungen des Bundes lag.

Die Zuweisung von Bundesmitteln für die Schulsozialarbeit steht in keinem Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket. Der Bund stellt den Kommunen lediglich durch eine bis 2013 befristete Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung um 2,8 % jährlich 400 Mio. € zusätzlich zur Verfügung. Diese Mittel setzen die Kommunen für das gemeinschaftliche Hortmittagessen von Schülerinnen und Schülern oder für Schulsozialarbeit oder anteilig für beide Zwecke ein. Dies ist Ergebnis des Vermittlungsverfahrens. Eine gesetzliche Grundlage für die Verwendung der Mittel sowie eine Nachweispflicht hierfür gibt es nicht.

Irene Alt  
Staatsministerin

## Anlage

Ifd. Nr.	Schule	Standort	Anzahl der Wochenstunden bis Ende 2013 (zu Frage 1)	Anzahl der betroffenen Personen bis Ende 2013 (zu Frage 1)	Anzahl der Wochenstunden ab 2014 (zu Frage 2)	Anzahl der betroffenen Personen bis Ende 2014 (zu Frage 2)	Anzahl der Wochenstunden aus den zusätzlichen Mitteln im Rahmen BuT-(mit-)finanziert (zu Frage 3)
	<b>Kreis Neuwied</b>						
1	Ludwig-Erhard-Schule	Stadt Neuwied	19,5	1	19,5	1	
2	Realschule plus Dierdorf	Dierdorf	39,0	1	39,0	1	
3	Realschule plus Puderbach	Puderbach	19,5	1	19,5	1	
4	Realschule plus Unkel	Unkel	19,5	1	19,5	1	
5	Realschule plus Linz	Linz	19,5 39,0 ab 1. Nov. 2013	1 2 ab 1. Nov. 2013	39,0	2	
6	Realschule plus Asbach	Asbach	19,5 bis 31. Juli 2013	1	19,5 ab 1. März 2014	1	
7	Grundschule Asbach	Asbach					
8	Grundschule Neustadt	Neustadt					
9	Grundschule Marienschule	Bad Hönningen					
10	Grundschule St. Laurentius	Leutesdorf					
11	Grundschule Rheinbrohl Astrid-Lindgren-Schule	Rheinbrohl					
12	Grundschule St. Walburgis	Leubsdorf					
13	Grundschule Bürgermeister-Casterholtz-Schule	Linz					
14	Grundschule Vettelshoß	Vettelshoß					
15	Grundschule Puderbach	Puderbach					
16	Grundschule Raubach	Raubach					
17	Grundschule Urbach	Urbach					
18	Grundschule Astrid-Lindgren-Schule Rengsdorf	Rengsdorf					
19	Grundschule Straßenhäuser	Straßenhäuser					
20	Grundschule St.-Johannes-Schule Erpel	Erpel					
21	Grundschule Unkel	Unkel					
22	Grundschule Niederbreitbach	Niederbreitbach					
23	Grundschule Waldbreitbach Deutschherren-Schule	Waldbreitbach					
24	Grundschule Dierdorf	Dierdorf					
25	Grundschule Hermann-Gmeiner-Schule Maischeid	Großmaischeld					
26	Gustav-W.-Heinemann-Schule Raubach	Raubach					
27	Albert-Schweitzer-Schule Asbach	Asbach					

Schulsozialarbeit im Rahmen der zusätzlichen Bundesmittel erfolgt im Landkreis Neuwied projektbezogen:

- Zugewandene Beratung an Grundschulen: vier Stellen à 39 Wochenstunden (entspricht 156 Wochenstunden).
- Sozialpädagogische Gruppenarbeit an zehn Schulen (Grund- und Förderschulen, variierender Umfang).
- Projekt Schulabsentismus an vier Schulen (einzelhaftbezogene Hilfen).
- Cybermobbing- Projekt an zehn Schulen (alle Schulformen außer BBS).
- Alle Projekte an freie Träger der Jugendhilfe vergeben.

lfd. Nr.	Schule	Standort	Anzahl der Wochenstunden bis Ende 2013 (zu Frage 1)	Anzahl der betroffenen Personen bis Ende 2013 (zu Frage 1)	Anzahl der Wochenstunden ab 2014 (zu Frage 2)	Anzahl der betroffenen Personen bis Ende 2014 (zu Frage 2)	Anzahl der Wochenstunden aus den zusätzlichen Mitteln im Rahmen BuT-(mit-)finanziert (zu Frage 3)
	<b>Stadt Neuwied</b>						
28	Sonnenland Grundschule	Stadt Neuwied	19	1	0	0	19
29	Kunostein Grundschule	Stadt Neuwied	13	4	0	0	13
30	Grundschule An der Wied	Stadt Neuwied	13	4	0	0	13
31	Friedrich-Ebert Grundschule	Stadt Neuwied	13	4	0	0	13
32	Geschwister-Scholl Grundschule	Stadt Neuwied	13	2	0	0	13
33	Grundschule Heddesdorfer Berg	Stadt Neuwied	13	2	0	0	13
34	Marienschule Grundschule	Stadt Neuwied	32	3	20	1	13
35	Integrierte Gesamtschule Neuwied	Stadt Neuwied	58	2	39	1	19
36	Realschule Plus Irlich	Stadt Neuwied	39	1	39	1	0
37	Carmen-Sylva-Schule	Stadt Neuwied	39	2	39	2	0
38	Heinrich-Heine-Realschule plus	Stadt Neuwied	39	1	0	0	39
39	Kinzing-Schule	Stadt Neuwied	39	1	39	1	0